



Taiwan schafft eine Brücke zwischen konfuzianischem Erbe und demokratischer Ordnung. – Buddha-Statue von Guanyin in Keelung.

TYRONE SIU / REUTERS

Die Insel Taiwan ist die Frontlinie der Freiheit

Xi Jinping hält mit seiner Absicht, Taiwan dereinst der Volksrepublik China einzuverleiben, nicht hinter dem Berg. Hier entscheidet sich die Zukunft der Demokratie.
Gastkommentar von Simona Grano

Auf den ersten Blick scheint Taiwan ein Paradox: eine Gesellschaft, die fest in konfuzianischen Traditionen verankert ist, in denen das Gemeinwohl Vorrang vor dem Individuum hat, und dennoch eine lebendige Demokratie. Lange galt die These, dass asiatische Werte wie Harmonie und Hierarchie unvereinbar mit einem System seien, das auf Wettbewerb, Pluralismus und individuellen Rechten basiere. Doch Taiwan widerlegt dieses Argument eindrucksvoll – und seine Erfahrung zeigt, dass kulturelle Prägun-gen kein unüberwindbares Hindernis für die Entwicklung demokratischer Strukturen darstellen.

Wie konnte es dazu kommen? Mehrere Faktoren haben eine entscheidende Rolle gespielt. Zunächst die sozioökonomische Transformation: Der rasante industrielle Aufstieg ab den 1960er Jahren, oft als «Taiwan Miracle» bezeichnet, führte zu Wohlstand und einer starken Mittelschicht. Diese verlangte mehr politische Mitsprache und war nicht länger bereit, autoritäre Herrschaft ohne Legitimation hinzunehmen. Gleichzeitig sorgte eine frühe Landreform dafür, dass soziale Ungleichheiten reduziert und die wirtschaftliche Basis breiter verteilt wurde.

Starke Zivilgesellschaft

Auch auf institutioneller Ebene legte die Republik China auf Taiwan schon unter der autoritären Kuomintang-Regierung ein Fundament für spätere Demokratisierung. Lokale Wahlen fanden bereits in den 1950er Jahren statt, wenn auch nur eingeschränkt. Sie boten Bürgern und Politikern jedoch wertvolle Erfahrungen im Umgang mit Wahlprozessen und öffentlicher Rechenschaft.

In den siebziger und achtziger Jahren verstärkten zivilgesellschaftliche Bewegungen – von Umwelt- über Arbeiter- bis hin zu Menschenrechtsgruppen – den Druck hinsichtlich der Liberalisierung. Die Aufhebung des Kriegsrechts 1987 und die Zulassung oppositioneller Parteien waren die entscheidenden Schritte hin zur Demokratie, die mit der ersten direkten Präsidentschaftswahl 1996 gefestigt wurde.

Doch auch kulturelle Werte spielten eine Rolle. Konfuzianische Normen betonen moralische Führung, Verantwortung für die Gemeinschaft und legitime Herrschaft. Diese Prinzipien wurden in Taiwan neu gedeutet: Statt autoritäre Herrschaft zu rechtfertigen, stärkten sie die Idee, dass politische Macht nur dann legitim ist, wenn sie transparent, moralisch und im Interesse der Bürger ausgeübt wird. Auf diese Weise wurde eine Brücke zwischen konfuzianischem Erbe und demokratischer Ordnung geschlagen.

Gerade deshalb ist Taiwan für China so problematisch. Das erfolgreiche Beispiel einer chinesischsprachigen Demokratie stellt Pekings Herrschaftsmodell infrage. Die Existenz Taiwans beweist, dass Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht westliche Sonderentwicklungen, sondern universell möglich sind – auch innerhalb der chinesischen Kultur. Für die Kommunistische Partei in Peking ist dies ein Stachel im Fleisch, ja eine Gefahr für die eigene Legitimation. Taiwan zeigt Millionen von Chinesinnen und Chinesen, dass es Alternativen zum autoritären Einparteiestaat gibt.

Ein Angriff auf Taiwan wäre daher weit mehr als ein regionaler Konflikt. Die Folgen für die Welt-

Taiwan beweist, dass Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht westliche Sonderentwicklungen, sondern universell möglich sind.

wirtschaft, insbesondere in der Halbleiterproduktion, wären verheerend. Noch gravierender wäre jedoch der politische Schaden: Ein erzwungenes Ende der Demokratie in Taiwan wäre ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft, die sich dem Schutz demokratischer Ordnungen verschrieben hat.

In diesem Zusammenhang spielt der Krieg in der Ukraine eine zentrale Rolle. Es ist bekannt, dass die Kommunistische Partei Chinas unter Xi Jinping die Annexion Taiwans als eines ihrer zentralen Ziele verfolgt. Doch wenn Russland in der Ukraine scheitert, könnte dies zu einem Menetekel für Peking werden. Schon heute ist Moskau wirtschaftlich und energietechnisch angeschlagen – fast 40 Prozent seiner Raffineriekapazitäten sind lahmgelegt. Gelingt es Kiew, den russischen Angriffskrieg endgültig zurückzuschlagen, würde dies demonstrieren: Selbst Grossmächte, die sich für unbesiegbar halten, können mit aggressiven Expansionsplänen scheitern. Für die KP China erscheint das Risiko einer Invasion Taiwans ungleich höher, denn ein militärisches Scheitern könnte das System als solches infrage stellen.

Warnzeichen nicht ignorieren

Und noch etwas lehrt der Fall Ukraine: Die Warnzeichen dürfen nicht ignoriert werden, nur weil ein Krieg unwahrscheinlich scheint. Taiwan ist die Frontlinie der Demokratie in Asien. Wer heute die Drohungen aus Peking herunterspielt, läuft Gefahr, morgen vor einem geopolitischen Scherbenhaufen zu stehen. Die internationale Gemeinschaft hat daher ein fundamentales Interesse, diese Demokratie zu schützen – politisch und militärisch, diplomatisch und symbolisch.

Taiwans Erfahrung zeigt, dass Demokratie auch da Wurzeln schlagen kann, wo viele dies für unmöglich hielten. Umso wichtiger ist es, diese Errungenschaft zu verteidigen – gegen Bedrohungen von aussen und gegen Zweifel von innen. Die Zukunft der Demokratie wird massgeblich auch in der Taiwanstrasse entschieden.

Simona Grano ist Leiterin des Forschungsbereichs China-Taiwan-Beziehungen an der Universität Zürich, Privatdozentin für Sinologie und Direktorin des Taiwan Studies Project.

Die zuverlässige Feststellung des Todes ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Entnahme von Organen für die Transplantationsmedizin. Die Regeln sind in den Richtlinien «Feststellung des Todes und vorbereitende medizinische Massnahmen im Hinblick auf eine Organspende» der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) festgelegt. Eine Subkommission der SAMW hat jüngst einen Entwurf zur Revision der Richtlinien erarbeitet. Dabei erfolgten nicht nur die nötigen Anpassungen für den Wechsel zur Widerspruchslösung, sondern auch weitere Änderungen, von denen eine besonders auffällig ist: Für die Feststellung des Todes sollen künftig nicht mehr «irreversible», sondern «permanente» Funktionsausfälle ausreichen.

Als Begründung wird angeführt, dass «in der Medizin» nicht vom irreversiblen, sondern vom «permanenten» Ausfall der Hirnfunktionen als entscheidendem Kriterium für die Todesfeststellung gesprochen werde. Ausserdem habe auch der Bundesrat in der Botschaft zum Transplantationsgesetz 2001 «neben dem Begriff «irreversibel» auch den Ausdruck «permanent» verwendet und inhaltlich nicht unterschieden zwischen den beiden Begriffen». Diese Darstellung ist jedoch in mehrfacher Hinsicht irreführend. Es trifft zwar zu, dass der Bundesrat auch den Begriff «permanent» verwendet hat, aber nur einmal, «irreversibel» wird dagegen in der Botschaft zum Transplantationsgesetz zehnmal genannt. «Irreversibel» ist auch der im Transplantationsgesetz verwendete Begriff.

«Irreversibel» und «permanent» haben nicht die gleiche Bedeutung: Während im Zusammenhang mit dem «Hirntod»-Konzept seit je «irreversible» Hirnfunktionsausfälle gefordert wurden, hat sich erst mit Aufkommen der «Non-heart-beating donation» (heute: «donation after circulatory death», was einer Organentnahme nach Kreislaufstillstand gleichkommt) die Ansicht verbreitet, es komme hinsichtlich des Todeskriteriums nicht auf

Organspende: «permanent» ist nicht «irreversibel»

In einem neuen Entwurf ist eine Formulierung im Hinblick auf die Feststellung des Todes besonders auffällig. Doch es geht um mehr als nur eine alternative Wortwahl – und die Änderung ist inakzeptabel. Gastkommentar von Rainer Beckmann und Alex Frei

irreversible Funktionsausfälle an, sondern auf einen «permanenten» Funktionsausfall.

Das Ziel war, die Wartezeit nach dem Herzstillstand bis zur Organentnahme möglichst kurz zu halten. Dabei wird «permanent» so definiert, dass eine Rückkehr der Herzfunktion von allein (spontane Wiederkehr des Herzschlags) nicht zu erwarten ist und eine ärztliche Wiederbelebung nicht stattfinden wird, obwohl sie möglich wäre. Dagegen bedeutet «irreversibel», dass ein Zustand objektiv und von niemandem geändert werden kann, selbst wenn man es versuchen würde. Ein «permanenter» Funktionsausfall eines Organs ist daher

nicht dasselbe wie ein irreversibler Funktionsausfall. Ein «permanenter» Ausfall kann in Bezug auf das Gehirn einige Minuten eher festgestellt werden als ein irreversibler Ausfall. In Bezug auf das Herz ist die Differenz noch grösser und kann bis zu dreissig Minuten betragen. Wenn nun z. B. – wie in der Schweiz – fünf Minuten nach einem Herzstillstand mit der Organentnahme begonnen wird, sind weder das Herz noch das Gehirn irreversibel ausgefallen. Durch Reanimationsmassnahmen könnten der Kreislauf und die Durchblutung des Gehirns wiederhergestellt werden. Da es sich beim Tod nach allgemeinem Verständnis um einen

irreversiblen und nicht mehr änderbaren Zustand handelt, erfolgt eine Organentnahme bei nur «permanenten» Organausfällen nicht «postmortal». Die schnelle Organentnahme nach bereits fünf Minuten hat zwar den Vorteil, dass die Organe in der Zeit der fehlenden Durchblutung nur unwesentlich geschädigt werden. Aber gleichzeitig steht die Sicherheit der Todesfeststellung auf dem Spiel. Der Tod ist seinem Wesen nach irreversibel.

Dass der Tod irreversibel ist, steht auch in der Botschaft des Bundesrates zum Transplantationsgesetz. Folgerichtig muss es sich somit auch bei einem Todeskriterium um einen irreversiblen Zustand handeln. Ein «permanenter» Funktionsverlust kann nie ein valides Todeskriterium sein. Der Versuch der SAMW, im Text des neuen Richtlinienentwurfs den Eindruck zu erwecken, es handle sich nur um eine alternative Wortwahl, die in der Sache keinen Unterschied bedeute, ist irreführend. Er soll offenbar verhindern, dass eine Diskussion zu einem wesentlichen Problem des «Hirntod»-Konzepts in der Variante der «Organentnahme nach Herzstillstand» entsteht. Diese schon seit Jahren angewendete Methode widerspricht dem allgemeinen Verständnis von «Tod», das zwingend den Aspekt der Irreversibilität einschliesst.

Wenn es das Ziel der Richtlinien ist, «für alle Beteiligten die grösstmögliche Gewissheit zu erreichen, dass Spender zum Zeitpunkt der Organentnahme auch wirklich tot sind», wie es in der Präambel der aktuellen Richtlinien heisst, kann der neue Entwurf nicht unverändert bleiben. Der Richtlinienentwurf leidet hinsichtlich der Änderung von «irreversibel» zu «permanent» an einem grundsätzlichen Mangel und bedarf zumindest an dieser Stelle einer Revision.

Rainer Beckmann ist Richter am Amtsgericht Würzburg (Deutschland), Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg und Autor von «Das «Hirntod»-Konzept und der Tod des Menschen» (Nomos-Verlag); Alex Frei ist Facharzt für allgemeine innere Medizin und Vizepräsident der Vereinigung Ärzte und Pflegefachpersonen gegen Organspende am Lebensende (Winterthur).